



von Helmut Markwort

Der Bundestag braucht weniger Abgeordnete, aber mehr, die persönlich gewählt sind

Montag

So eng wie im Bundestag sitzen sonst nirgendwo Menschen nebeneinander. Die Abgeordneten sind stolz, dass sie drin sind, aber sie müssen auch unter schlechtem Gewissen leiden. Viele der 736 Parlamentarier verdanken ihr Mandat dem peinlichen Versagen des Bundestages, der sich auf keine wirksame Reform des Wahlrechts einigen konnte.

Sie fallen dem Steuerzahler zur Last und müssen in überfüllten Ausschüssen unpraktikabel arbeiten. Zu ihren dringenden Aufgaben gehört es, vor der nächsten Wahl die Zahl der Sitze zu verringern. Sie müssen die Kraft aufbringen, sich selbst als Volksvertreter wieder abzuschaffen.

Die Schieflage ist offenkundig. Im Regelfall sitzen im Bundestag 598 Abgeordnete: 299, die in ihren Wahlkreisen direkt gewählt worden sind, und 299, die über die Parteilisten einziehen. Das aktuelle Missverhältnis begünstigt die Listenkandidaten. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate schwillt ihre Zahl auf 437 an. Die Listenabgeordneten haben also



Eng und zu viele Die 736 Bundestagsabgeordneten müssen ihre Zahl verringern

ein Übergewicht von 138 Sitzen. Überhang und Ausgleich werden nach den bisherigen Regeln notwendig, weil die Vielzahl der Parteien und Kandidaten zu knappen Ergebnissen führt.

Schon mit 20 Prozent der Stimmen kann ein Politiker seinen Wahlkreis gewinnen. Ein CDU-Mann in Dresden hat sogar mit 18,6 Prozent gewonnen. Ein solcher Sieg kann 16 Ausgleichsmandate auf den Listen der anderen Parteien nach sich ziehen.

Wenn die Reform das Recht der Wähler auf Persönlichkeitswahl stützen soll, könnten zwei Änderungen in Erwägung gezogen werden. Falls ein Kandidat seinen Wahlkreis nicht mit absoluter Mehrheit gewinnt, könnte auch der Zweitplatzierte seine Heimat im Bundestag vertreten. Das bedeutet mehr Direktwahl und weniger Überhang.

Mein zweiter Verbesserungsvorschlag zugunsten der Wähler zielt auf die Listen, die von den Parteien bestimmt werden. Viele Wähler mögen aber keine Listen wählen, sondern Personen. Ihnen sollte das Gesetz erlauben, mit ihrer Zweitstimme einen Kandidaten oder eine Kandidatin aus der Liste zu bevorzugen. Die Parteien schlagen die Reihenfolge vor, aber die Wähler können sie ändern.

Bei der Landtagswahl in Bayern wird dieses Wahlsystem angeboten und von vielen Wählern begeistert genutzt.

Dienstag

Ein Berliner Juso-Parteitag hat fast einstimmig beschlossen, dass Schüler ihre Lehrer duzen dürfen. Die SPD soll den Vorschlag umsetzen. Schon viel Unsinn hat klein angefangen.



Brutal ehrlich Uli Jörges schont in seinen Memoiren weder Politiker noch den „Stern“

Mittwoch

Mit Vergnügen und Neugier lese ich die Memoiren meines Kollegen Hans-Ulrich Jörges, die er „Der Schrei des Hasen“ genannt hat. Seine „Lebensbeichte“ ist von verblüffender Ehrlichkeit und voller Personal, das alle kennen. Viele Figuren aus der Politik und aus der Welt der Medien werden nicht entzückt sein von der Art, wie er sie beschreibt. Einem breiten Publikum ist Jörges bekannt geworden, weil er oft als streitbarer Gast in Talkshows eingeladen war.

Politische Beachtung fand er auch durch fast 1000 Kolumnen im „Stern“. Trotzdem schont er das Blatt nicht, für das er dreimal gearbeitet hat. Sein erstes Engagement nennt er „die journalistisch fürchterlichste Zeit meines Lebens“. In einem „Dschungel journalistischer Unseriosität“ wurden Texte und Bilder gedreht und manipuliert. Hauptsache, immer gegen die Union.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.